

Nationaler Aktionsplan zur Inklusion behinderter Mitbürger beschlossen

23. Juni 2011. Vergangene Woche einigte sich das Kabinett auf den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention. „Das Schlüsselwort heißt Inklusion“, erläuterte Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales. „Das bedeutet, nicht die Menschen mit Behinderung passen sich an die Gesellschaft an, sondern wir organisieren den Alltag so, dass die 9,6 Millionen Menschen mit Behinderung selbstverständlich mittendrin und dabei sind“, so von der Leyen weiter. Die Förderung behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt ist dabei ein zentrales Anliegen. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen haben große Probleme einen regulären Ausbildungsplatz zu bekommen. Im Beratungsjahr 2008/2009 begannen, Angaben der Bundesagentur für Arbeit zu Folge, etwa 14.000 Behinderte eine geförderte Ausbildung. Einen regulären betrieblichen Ausbildungsplatz konnten jedoch lediglich 10% davon antreten. Dem neuen Aktionsplan zur Folge sollen in den kommenden zwei Jahren mehr als 10.000 schwerbehinderte Jugendliche intensiv auf das Berufsleben vorbereitet werden. Zusätzlich ist geplant, 1.300 betriebliche Ausbildungsstätten zu schaffen. Kritik an den Plänen der Regierung kommt von Seiten der Opposition: „Die konkreten Vorschläge der Regierung sind leider genauso enttäuschend, wie der Aktionsplan selbst“, kritisiert Silvia Schmidt, Behindertenbeauftragte der SPD-Fraktion im Bundestag auf ihrer Website. Es mangle an handfesten Maßnahmen, um langfristig eine echte Inklusion der behinderten Mitbürger zu erreichen, so Schmidt weiter.